

Die deutsche Flottenrüstung als innenpolitisches Kampfinstrument gegen die SPD

von FRANK DÜHRKOHP, Göttingen

1. Einleitung

„(...) in der neuen großen nationalen Aufgabe und dem damit verbundenem Wirtschaftsgewinn [liegt] ein starkes Palliativ gegen gebildete und ungebildete Sozialdemokraten (...)“¹ schrieb Alfred von Tirpitz², der Initiator der deutschen Flottenrüstung, am 21.12.1895 in einem Brief und gebrauchte diese Formulierung auch in einer Denkschrift vom 03.01.1896³, die als Anstoß für die Flottenrüstung der Ära Tirpitz zu gelten hat. Diese Äußerungen bilden den Eckpunkt der Argumentationen, die in der Flottenrüstung einen Versuch sehen, der vor allem in sozialpolitischer Hinsicht auf die deutsche Bevölkerung integrierend wirken und alle Schichten, mit besonderem Blick auf die Arbeiterschaft, zur gemeinsamen Erfüllung einer großen Aufgabe zusammenführen sollte⁴.

In dieser Arbeit soll der Frage nachgegangen werden, ob die deutsche Flottenrüstung im Hinblick auf die Sozialdemokratie tatsächlich dem „Primat der Innenpolitik“⁵ gefolgt, oder diese vielmehr in eine weltpolitische Perspektive einzuordnen ist. Zunächst soll aber die Stellung der Sozialdemokratie im Deutschen Reich kurz umrissen werden, um dann einen Blick auf die Bemühungen zum Aufbau der Flotte während der Ära Hollmann zu werfen. Die Flottenrüstung der Ära Tirpitz soll knapp skizziert werden und daran anschließend, sowohl auf ihre außenpolitische als auch auf die innenpolitische Dimension eingegangen werden. Ein weiteres Kapitel ist der Reaktion der SPD auf das Flottenbauprogramm

¹ A. v. Tirpitz, Erinnerungen⁶ (1942) 52.

² Alfred v. Tirpitz (1849-1930) Staatssekretär des Marineamtes von 1897 bis 1916. Vgl. M. Salewski, Tirpitz. Aufstieg-Macht-Scheitern (1979)

³ V.R. Berghahn, Der Tirpitz-Plan (1971) 146.

⁴ E. Kehr, Schlachtfloottenbau und Parteienpolitik 1894-1901 (1930)

V.R. Berghahn, HZ 210, 1970, 34 ff.

Ders., Tirpitz-Plan, a.O.

H.U. Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918. Deutsche Geschichte 3 (1985) 340 (als Aspekt des 'Sozialimperialismus')

gewidmet. Abschließend soll die oben gestellte Frage diskutiert und versucht beantwortet zu werden.

2. Sozialdemokratie und Deutsches Reich

Während der Ära Bismarcks sah sich die deutsche Sozialdemokratie sehr starken Repressionen durch das Sozialistengesetz von 1878-1890 ausgesetzt. Die Sozialversicherungsgesetzgebung der 80er Jahre sollte außerdem die Arbeiterschaft für den Staat gewinnen und sie von ihren sozialistischen Führern trennen⁶. Dieses Konzept brachte aber nicht den gewünschten Erfolg. Denn trotz des Verbots der Partei sowie ihrer Versammlungen und Organe konnte die SPD bei der Reichstagswahl im Februar 1890 etwa ein Fünftel aller Stimmen auf sich vereinigen⁷. So wurde die Sozialdemokratie zum Auslöser des Sturzes Bismarcks, da dieser im Hinblick auf die Reichstagswahlen eine Verlängerung des Sozialistengesetzes forderte und weitere Sozialreformen ablehnte⁸, während Wilhelm II. an die Notwendigkeit sozialer Versöhnung glaubte⁹ und somit für die Fortsetzung der Sozialreformen eintrat.

Nach dem Sturz Bismarcks war die Politik gegenüber der Sozialdemokratie von einer Fortsetzung der sozialen Reform geprägt¹⁰, deren Grundlage das Außerkrafttreten des Sozialistengesetzes im Herbst 1890 war. In den Fragen des Arbeiterschutzes, einer Steuerreform und der Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts wurden Gesetzesinitiativen in Gang gesetzt¹¹. Durch diese Politik ist aber weniger eine bewußte Verbesserung zugunsten der Arbeiterschaft angestrebt worden, sondern vielmehr eine „Ruhigstellung“ im Sinne des Sozialimperialismus zu sehen¹².

⁵ E. Kehr, Schlachtfloottenbau, a.O., 448.

⁶ G.A. Ritter, Die deutschen Parteien 1830-1914 (1985) 21.

⁷ Ebd., 22.

⁸ K.E. Born, Von der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg¹³ (1990) 167 ff.

⁹ M. Stürmer, Das ruhelose Reich (1994) 243.

¹⁰ Ebd., 269 f.

¹¹ K.E. Born, a.O., 177 ff.

¹² H.U. Wehler, a.O., 345 f.

Die Berufung Eulenburgs¹³ zum preußischen Ministerpräsidenten und der nun von ihm verfolgte konservative Kurs hatten eine erneute Verschärfung des Verhältnisses zur Sozialdemokratie zur Folge. Das Abschneiden der SPD, die im Reichstag mit 23,3% 44 Mandate erringen konnten, ließ Pläne reifen, die neue Kampfmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie forderten¹⁴. Exponent dieser neuen Politik war vor allem Miquel¹⁵, der eine neue Politik der „Sammlung der produktiven Stände“¹⁶ anstrebte, in der alle bürgerlichen Kräfte zur Abwehr der Sozialdemokratie vereinigt werden sollten. Die Vertreter des gemäßigten Kurses gegenüber der Sozialdemokratie wurden beiseite gedrängt¹⁷. Grundlage dieser neuen Politik sollte die sogenannte Umsturzvorlage sein, welche eine Verschärfung der Strafen bei politischen Delikten vorsah, die aber am 11.05.1895 vom Reichstag abgelehnt wurde¹⁸. Nach dem Scheitern der Vorlage wurde der Kampf gegen die Sozialdemokratie auf die Einzelstaaten verlegt. So wurde in Sachsen das Dreiklassenwahlrecht eingeführt und in Preußen das sog. Kleine Sozialistengesetz erlassen. Ein erneuter Versuch im Reich wurde durch die Verschärfung des Koalitionsrechts unternommen, die aber vom Reichstag abgelehnt wurde¹⁹. Damit war die Politik der aktiven Repression gegen die Sozialdemokratie gescheitert. Unter dem Staatssekretär des Reichsamtes des Inneren, Posadowsky²⁰, kehrte man zur Politik des Ausgleich und der Reform zurück. Ziel dieser Politik war die Versöhnung der Arbeiterschaft mit dem Staat durch eine weitgreifende Sozialgesetzgebung²¹. Diese Politik war vor allem auf die Zentrumsfraktion im Reichstag gestützt. Die Weigerung des Zentrums, im Verbund mit der SPD dem Kolonialetat zuzustimmen, führte aber am 13.12.1906 zur Reichstagsauflösung. Der Reichskanzler Bülow eröffnete daraufhin einen

¹³ Botho Wend August Eulenburg (1831-1912), preuß. Innenminister (1878-1881; 1892-1894) und preuß. Ministerpräsident (1892-1894)

¹⁴ K.E. Born, a.O., 183.

¹⁵ Johannes v. Miquel (1828-1901), preuß. Finanzminister von 1890-1901.

¹⁶ M. Stürmer, a.O., 278.

¹⁷ K.E. Born, a.O., 214.

¹⁸ K.E. Born, a.O., 214 f.

¹⁹ Ebd., 215 f.

²⁰ Arthur v. Posadowsky-Wehner (1845-1932), Staatssekretär des Reichsamtes des Inneren von 1897-1907.

²¹ K.E. Born, a.O., 217.

Wahlkampf gegen das Zentrum und die Sozialdemokratie. Die Reformpolitik Posadowskys war damit gescheitert²².

Die Innenpolitik der Jahre 1890-1907 war vor allem durch den Kampf gegen die Sozialdemokratie geprägt, der unter Zuhilfenahme von Repressalien, aber auch durch eine aktive Sozialgesetzgebung, die die Arbeiterschaft mit dem Staat versöhnen und gleichzeitig der SPD ihrer Anhänger berauben sollte, bestimmt war. Auch die Sammlungspolitik spielte hierbei eine entscheidende Rolle. Grundvoraussetzung für eine solche Politik war eine Objekt von nationaler Größe, hinter dem sich die Sammlungspolitik vollziehen konnte. Dieses Objekt sollte die Flotte sein²³.

3. Die Ära Hollmann - Scheitern der Flottenrüstung

Die Flottenrüstung stand aber nicht erst seit der Übernahme des Reichsmarineamtes durch Tirpitz zur Diskussion, sondern wurde schon von seinem Vorgänger Hollmann verfolgt, der allerdings mit seinen Flottenprojekten am Widerstand des Reichstages gescheitert war²⁴. Dieses Scheitern traf vor allem Wilhelm II., dem die britische Flottenmacht stets imponiert hatte und der sich äußerst gern in der Uniform eines Admirals zeigte²⁵. Neben dieser rein irrationalen Flottenschwärmerei des Kaisers lassen sich aber auch rationalere Gründe vermuten:²⁶

1. Eine Flotte wäre für einen Bürgerkrieg nutzlos und konnte somit nur auf wenig innenpolitischen Widerstand stoßen.
2. Eine Flottenrüstung wäre für die einflußreiche Schwerindustrie lukrativer als eine Vergrößerung des Heeres.
3. Die deutsche Marine war im Vergleich mit anderen Mächten nur gering. Eine Vergrößerung konnte nur auf wenig außenpolitischen Widerstand stoßen.

²² Ebd., 220 f.

²³ V.R. Berghahn, Tirpitz-Plan, a.O., 99.

²⁴ M. Stürmer, a.O., 293.

²⁵ Ebd., 291.

²⁶ V.R. Berghahn, Rüstung und Machtpolitik. Zur Anatomie des „Kalten Krieges“ vor 1914 (1972) 18.

4. Eine Flottenvergrößerung ließe sich vor dem Reichstag relativ leicht rechtfertigen.
5. Die Flotte wäre das geeignete Instrument für die Kolonialpolitik „großen Stils“ sowie eine Notwendigkeit zur Sicherung der deutschen Nachschub und Handelswege²⁷.

Neben diesen Gründen läßt sich aber auch ein weiterer feststellen, der eng mit der aufstrebenden Sozialdemokratie zusammenhängt: Durch die verstärkt einsetzende Industrialisierung hatte sich die Gesellschaftsstruktur des Deutschen Reiches stark verändert. Diese hatte wiederum einen Widerhall bei der Personalbesetzung des Heeres, das sich nun verstärkt aus dem Arbeitermilieu rekrutierte. Ein streng kaisertreues Verhalten des Heeres bei innenpolitischen Konflikten mußte deshalb in Zweifel gezogen werden. Durch die Flotte sollte eine Kompensation zum Heer erreicht werden und diese sich somit zu einem rein kaiserlichen Instrument entwickeln.²⁸

Durch die Ablehnung der Reichstages mußten im Winter 1895/96 die Flottenpläne zunächst begraben werden. Wilhelm II. sah durch diese Verweigerung seine eigene Position derart bedroht, daß er an einen Staatsstreich dachte²⁹. Durch die Ablehnung war aber das Selbstbewußtsein des Reichstages gestiegen und dieser war fest entschlossen, allen uferlosen Flottenplänen eine Absage zu erteilen. Da der Reichstag im Grunde aber die Notwendigkeit einer Flottenvermehrung einsah, konnte die Flottenvorlage unter den Vorbedingungen von Mäßigung und Konzeption durchaus mit einer Zustimmung rechnen³⁰. So erhielt Hollmann seine letzte Chance. Dessen erneute Vorlage hatte aber wenig Möglichkeiten, vom Reichstag abgesegnet zu werden. So nahm die Gefahr eines Staatsstreiches reale Form an.³¹ Brennpunkt

²⁷ Vgl. die Äußerungen des Kaisers nach dem Tagebuch Hohelohes., in: H. Fenske (Hg.), Quellen zur deutschen Innenpolitik 1890-1914 (1991) 154 f. Nr. 63.

²⁸ W. Deist, Militär, Staat und Gesellschaft (1991) 83 ff.

²⁹ V.R. Berghahn, Tirpitz-Plan, a.O., 94.

³⁰ Ebd., 95.

³¹ V.R. Berghahn, Tirpitz-Plan, a.O., 97 f. Vgl. auch die Äußerungen Holsteins: „(...) Ehrlich gesagt glaube ich, (...) daß die Riesenflotte das wirkliche Endziel ist, für dessen Erreichung der Kaiser die Ruhe, man könnte fast sagen, den Bestand des Reiches aufs Spiel setzt.“ Zitiert nach ebd., 98. Diese Möglichkeit wurde auch von anderer Seite so eingeschätzt. Vgl. der Brief des Abgeordneten Hertling an seine Frau: „(...) die Nichtbewilligung von zwei Kreuzern würde nach absolut zuverlässigen

des drohenden Staatsstreiches war lediglich die Ablehnung der Flottenrüstung durch den Reichstag, wodurch sich Wilhelm II. in seinen monarchischen Rechten eingeschränkt sah.³²

In dieser Situation bot sich Tirpitz als Lösung an. Dieser hatte schon im Dezember 1895 ohne Wissen Hollmanns eine Denkschrift³³ zur Flottenrüstung verfaßt, die beim Kaiser positiven Widerhall gefunden hatte³⁴. Tirpitz galt in der Folgezeit als der Mann, der eine Lösung herbeiführen könnte³⁵. Hohenlohe, ein strikter Gegner des Staatsstreiches, verfolgte einen eigenen Weg aus der Krise:

„(...) Erst wenn infolgedessen die Furcht vor den Sozialdemokraten in der Bevölkerung größer sein werde als vor einer Reaktion, von der man die Wegnahme freiheitlicher Rechte vermeine, würden auch wieder mehr konservative Wahlen zum Reichstag kommen und eine Besserung der politischen Gesamtverhältnisse eintreten.“³⁶

Der Reichskanzler versuchte also durch eine Politik der Sammlung von Konservativen und Bürgertum, die Krise zu überwinden. Das geeignete Instrument dazu stellte ihm Tirpitz mit seinem Flottenbauprogramm zur Verfügung³⁷.

Als Hollmann am 8. März 1897 durch die Budgetkommission des Reichstages drastische Kürzungen im Marineetat hinnehmen mußte, war er endgültig gescheitert. Hollmann wurde vom Kaiser zum Rücktritt gedrängt, wurde aber auf Betreiben Hohenlohes zunächst nur beurlaubt. Der Staatsstreich fand nicht statt, da sich die gemäßigten Kräfte um Hohenlohe durchsetzen konnten.³⁸

Nachrichten (...) die Auflösung des Reichstages und die Abänderung einer Verfassung, also einen Staatsstreich zur Folge haben.“ in: H. Fenske, a.O., 157. Nr. 65.

³² So berichtet Hohenlohe in seinem Tagebuch, daß Wilhelm II. *„(...) verpflichtet sei, die Wehrkraft Deutschlands zu sichern und daß er zum Kampf auf Leben und Tod bereit und entschlossen sei (...) Es ist evident, daß der Kaiser unter Einfluß von Leuten steht, die ihm weismachen, er könne einen großen Konfliktsäure in Szene setzen, die Reichsverfassung ändern, das allgemeine Wahlrecht abschaffen und ungezählte Kreuzer bauen lassen.“* in ebd. 161f. Nr. 68.

³³ Vgl. Anm. 1.

³⁴ V.R. Berghahn, Tirpitz-Plan, a.O., 90 f.

³⁵ Vgl. Wilhelm II. in einem Gespräch: *„(...) Ein energischer Mann mit weiter Umsicht als Staatssekretär muß Wandel schaffen, vielleicht Tirpitz. (...)“* in: H. Fenske, a.O., 131 f. Nr. 51.

³⁶ Zitiert nach V.R. Berghahn, Tirpitz-Plan, a.O., 98 f.

³⁷ Ebd., 99.

³⁸ Ebd. 100 ff.

4. Die Ära Tirpitz

4.1. Verlauf

Mit Tirpitz, der Anfang 1898 endgültig den glücklosen Hollmann abgelöst hatte, übernahm jemand das Reichsmarineamt, der von Außenpolitik Bismarckscher Prägung nichts verstand oder verstehen wollte. Tirpitz hatte Darwin gelesen und übertrug wie viele andere seiner Zeit, dessen Theorien auf die europäischen Großmächte. Außerdem war er Anhänger des amerikanischen Admirals Mahan, der als Theorem verkündet hatte, das Weltmacht lediglich über Seeherrschaft zu gewinnen sei. Hier befand er sich mit Wilhelm II. auf einer Linie³⁹.

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger stellte Tirpitz seine Planungen auf eine völlig neue Grundlage. Er forderte nicht einzelne Schiffe, sondern ganze Geschwader, da bei diesen der Reichstag nicht einzelne Schiffe streichen konnte, ohne in die Kommandogewalt des obersten Kriegsherrn, nämlich Wilhelm II., einzugreifen⁴⁰ und so einen erneuten Verfassungskonflikt zu provozieren⁴¹. Vorbild war hierbei die Armee⁴². Der Reichstag wurde durch den 'Geschwadergrundsatz' moralisch gebunden.⁴³

Das eigentliche Problem blieb aber bestehen, nämlich, wie der bis jetzt widerstrebende Reichstag dazu gebracht werden sollte, die Flottenvorlage abzusegnen. Tirpitz bediente sich hier eines weiteren Kniffes, indem er die

Interessant erscheint mir in diesem Zusammenhang, daß der Kaiser gegenüber Eulenburg jegliche Staatstreichabsichten bestreitet. „(...) Wenn der alte Hohenlohe sich eingebildet, daß ich einen Staatsstreich machen will, so spielt er kein ehrliches Spiel. Er weiß, daß ich nicht daran denke. (...)“ in: H. Fenske, a.O., 162 ff. Nr. 69.

³⁹ M. Stürmer, a.O., 293.

⁴⁰ „Forderten wir geschwaderweise, so konnte der Reichstag Geschwader streichen, aber nicht Schiffe, weil er damit seine Zuständigkeit überschritten und in das Militärisch-Organisatorische eingegriffen hätte.“ Tirpitz am 8.12.1897. Zitiert nach V.R. Berghahn, Tirpitz-Plan, a.O., 114. Vgl. A.v. Tirpitz, Erinnerungen, a.O., 106. 110.

⁴¹ M. Stürmer, a.O., 295.

⁴² „Wenn der Reichstag die Mittel für die Formierung neuer Truppenteile einmal genehmigt hat, sind sie in der Praxis nach äternisiert. Der Reichstag kann nicht einseitig die Truppenteile wieder abschaffen.“ schrieb Tirpitz in einer Denkschrift. Zitiert nach V.R. Berghahn, Tirpitz-Plan, a.O., 111.

Flottenfrage letztlich zur Frage erhob, „(...) *ob Deutschland überhaupt eine Flotte haben sollte oder nicht*(...)“⁴⁴. Die Parteien sollten so unter Druck gesetzt werden, daß sie die Annahme des Flottengesetzes einer Reichstagsauflösung und den damit verbundenen Stimmenverlusten bei Reichstagswahlen vorziehen sollten.⁴⁵ Für den Druck der Wähler sorgte Tirpitz selbst, indem er durch das neugegründete Nachrichtenbüro des Reichsmarineamtes eine bis dahin noch nicht gekannte Propagandamaschinerie in Gang setzte, deren Wirkung bis in die Arbeiterschaft reichte. Die Flotte wurde als Brennpunkt nationalen Interesses etabliert.⁴⁶

Die Flottenrüstung der Ära Tirpitz vollzog sich in drei Phasen:

1. das Flottengesetz vom 10.04.1898⁴⁷
2. das Flottengesetz vom 14. 06.1900⁴⁸
3. das Flottengesetz vom 05.06.1906⁴⁹

Alle Gesetze wurden vom Reichstag vorbehaltlos verabschiedet. Dies verdeutlicht die Wirkung, die die Propaganda Tirpitz' entfaltet hatte. Aber allein durch den Druck, die das Reichsmarineamt durch seine Propaganda ausübte, ist das Verhalten des Reichstages nicht zu erklären. Es erscheint deshalb ratsam, einen Blick auf die Begründungen bzw. eigentlichen Intentionen für das Flottenbauprogramm zu werfen.

4.2. Außenpolitische Dimension

In Deutschland glaubte man unter einem Zwang zur Industrialisierung und Exportausdehnung zu stehen. Um nicht auf das Niveau eines Agrarstaates zu versinken, mußten die Seeinteressen entwickelt werden.⁵⁰ Verbunden wurden diese

⁴³ Ebd., 115.

⁴⁴ Zitiert nach ebd., 117.

⁴⁵ V.R. Berghahn, Tirpitz-Plan, a.O., 117.

⁴⁶ Ebd. 119 ff.

M. Stürmer, a.O., 295 f.

Vgl. auch W. Deist, Flottenpolitik und Flottenpropaganda. Das Nachrichtenbüro des Reichsmarineamtes 1897-1914 (1976)

⁴⁷ Gesetzestext bei M. Behnen (Hg.), Quellen zur deutschen Außenpolitik im Zeitalter des Imperialismus 1890-1911 (1977) 179 ff. Nr. 91.

⁴⁸ Gesetzestext bei ebd., 242 f. Nr. 118.

⁴⁹ Gesetzestext bei ebd., 370. Nr. 189.

⁵⁰ V.R. Berghahn, a.O., 174.

ökonomischen Interessen mit dem Ziel, Deutschland „einen Platz an der Sonne“ zu verschaffen und im Gleichgewicht der Weltmächte eine ebenbürtige Stellung zu erringen.⁵¹ Um diese Interessen zu wahren, mußte die Flotte vergrößert werden.⁵² Dieses mußte Deutschland vor allem den Konflikt mit England bringen, der damals unumstrittenen Handels- und Seemacht.⁵³ Diesen direkten Konflikt mit England scheint man aber zunächst zu vermeiden gesucht zu haben⁵⁴. Trotzdem entwickelte Tirpitz eine Strategie, mit der sich das Deutsche Reich der Seemachtstellung Englands als ebenbürtig erweisen würde.⁵⁵

Zusammenfassend läßt sich m.E. sagen, daß sich die Flottenrüstung in ihrer ursprünglichen Intention nicht gegen England direkt richtete, sondern vielmehr aus den obengenannten Gründen der aktiven Teilnahme an der Welt- und Kolonialpolitik entstanden war. Daß sich dabei diese Rüstung gegen England als die stärkste Seemacht richten und bei den Engländern, deren Weltmacht auf der Flotte beruhte, zu Verstimmungen führen konnte, nahm man wie so oft⁵⁶ leichtfertig in Kauf, da man offenbar glaubte, daß aus einer Position der Stärke sich ein Bündnis von allein ergeben würde.⁵⁷ Der Verweis auf eine direkte Flottenrüstung gegen England war folglich auch nicht in der Begründung enthalten, die man schließlich dem Reichstag

⁵¹ W. Baumgart, Deutschland im Zeitalter des Imperialismus 1890-1914⁵ (1986) 63.

⁵² „(...) *Es dürfe nicht unerwähnt bleiben, daß im kommenden Jahrhundert (...) die Flotte nicht nur für unsere Verteidigung, sondern auch für unsere ganze auswärtige Politik stetig an Bedeutung zunehmen wird und daher alles geschehen muß, Deutschland sobald wie möglich eine starke Flotte zu schaffen und zu erhalten.* (...)“ schrieb Tirpitz an Miquel. Zitiert nach V.R. Berghahn, Tirpitz-Plan, a.O., 183.

⁵³ Vgl. hierzu den Brief Tirpitz vom 13.02.1896, in dem er sich zur politischen Funktion und Bedeutung der Seemacht gegenüber England äußert und auf die Verstärkung der Flotte dringt. In: V.R. Berghahn -W. Deist (Hgg.), Rüstung im Zeitalter der wilhelminischen Weltpolitik. Grundlegende Dokumente 1890-1914 (1988) 114 ff. Nr. 8. „(...) *Wollen wir aber gar unternehmen, in die Welt hinauszugehen und wirtschaftlich durch die See zu erstarren, so errichten wir ein gänzlich hohles Gebäude, wenn wir nicht gleichzeitig ein gewisses Maß an Seekriegsstärke uns verschaffen.* (...) *Politisch vielseitig ist aber nur die Seemacht. Darum werden wir, ohne daß es zum Krieg kommen braucht, politisch immer den kürzeren ziehen.* (...)“

⁵⁴ Ebd., 115. „(...) *Ich bin also der Ansicht England gegenüber die persönlichen Krallen zunächst einzuziehen* (...)“ Vgl. auch den Briefwechsel zwischen Bülow und dem Deutschen Botschafter in London Hatzfeld, der deutlich macht, daß eine Aggression gegen England vermieden werden solle. M. Behnen, a.O., 169 ff. Nr. 87 ff.

⁵⁵ Vgl. P.M. Kennedy, The development of German Naval Operations Plans against England, in: Ders. (Hg.), The war plans of the great powers 1880-1914 (1979) 171 ff.

⁵⁶ Vgl. die Krüger-Depesche. K.E. Born, a.O., 198 f.

⁵⁷ Am 13.02. 1896 schreibt z.B. Tirpitz, daß „(...) *der Allianzwert Deutschlands selbst für europäische Staaten vielfach nicht in unserer Armee sondern in der Flotte liegt.* (...)“ V.R. Berghahn-W. Deist, a.O., 114. Nr. 8.

mit der ersten Flottennovelle vorlegte⁵⁸. Diese läßt sich in vier Hauptpunkten zusammenfassen:

1. Schutz und Vertretung des Seehandels auf allen Meeren
2. Verteidigung der vaterländischen Küsten
3. Entwicklung des eigenen Offensivvermögens
4. Schutz der Kolonien⁵⁹

Neben hochfliegenden Weltmachtsplänen, die wahrscheinlich manche Abgeordnete mit dem Kaiser und Tirpitz teilten, waren es offenbar weitaus handfestere Gründe, die den Reichstag zu einer Zustimmung bewogen.

Keineswegs unterschätzt werden darf bei dieser Betrachtung der Einfluß wirtschaftlicher Interessen⁶⁰, wobei zur Verdeutlichung lediglich ein Auszug aus einem Artikel der „Nauticus“ dienen soll:

„(...) Ohne eine Starke Flotte wird Deutschland am Ende des 20.Jhs. keine Kolonien mehr besitzen können, ohne Kolonialbesitz aber in seinen kleinen Gebieten ersticken oder von den großen Weltmächten, denen es wiederum seinen Auswanderern zu Millionen und aber Millionen zusenden müßte, erdrückt werden.“⁶¹

4.3. Innenpolitische Dimension

Die Flotte sollte aber nicht nur die außenpolitische Grundlage für eine erfolgreiche Weltpolitik liefern, sondern sollte auch durch diesen Erfolg die innenpolitische Stellung der herrschenden Schicht konsolidieren, da diese sich von der Sozialdemokratie bedroht sah.⁶²

Tatsächlich war es nicht gelungen, nach dem Fall des Sozialistengesetzes die sozialdemokratische Arbeiterschaft in den Staat zu integrieren. Alle entgegenkommenden Reformen waren nur Stückwerk geblieben und liefen nur auf

⁵⁸ Begründung zum Entwurf des 1. Flottengesetzes vom November 1897 in: V.R. Berghahn -W. Deist, a.O., 147 ff. Nr. 3.

⁵⁹ Ebd., 148.

⁶⁰ Vgl. hierzu die Begründung zum ersten Flottengesetz in: ebd. 147 ff. Dieser Punkt soll im folgenden nicht ausgeführt werden, da er in einem folgenden Referat thematisiert wird.

⁶¹ Zitiert nach V.R. Berghahn, Tirpitz-Plan, a.O., 137.

⁶² E. Kehr, Der Primat der Innenpolitik (1965) 135 f.

die Ruhigstellung der Arbeiterklasse hinaus.⁶³ Angesichts der Wahlerfolge der SPD, sah man von Seiten der Reichsregierung die Notwendigkeit einer 'Offensive':

„(...) Wir müssen unbeirrt um die Seelen unser Arbeiter ringen, müssen suchen, den sozialdemokratischen Arbeiter dem Staat, der Monarchie zurückzugewinnen, den nicht sozialdemokratischen Arbeiter von der Sozialdemokratie fernzuhalten. (...) Wir führen den Kampf gegen die Sozialdemokraten nicht, um den Arbeiter zu treffen, sondern um den Arbeiter den sozialdemokratischen Umgarnungen zu entziehen und an den Staatsgedanken zu gewöhnen. (...)“⁶⁴

Bülow war es schließlich auch, der die entscheidenden Grundlagen einer Strategie ausdrückte: *„(...) Das nationale Moment muß immer wieder durch nationale Aufgaben in den Vordergrund gerückt werden, damit der nationale Gedanke nicht aufhört die Parteien zu bewegen, zu binden und zu trennen (...)“⁶⁵*. Es war also entscheidend, die Arbeiterschaft und vor allem das Bürgertum für ein erfolgreiches Kaisertum, in außenpolitischer als auch wirtschaftlicher Hinsicht, zu gewinnen und so zu binden, daß die Herrschaftsgrundlagen nicht geändert werden mußten.⁶⁶ Auch Tirpitz hat dies so gesehen und strich die Flotte als das geeignete Mittel heraus, als *„(...) starkes Palliativ gegen gebildete und ungebildete Sozialdemokraten. (...)“⁶⁷*. Die Flotte sollte dabei in zweifacher Hinsicht als integrative Klammer dienen, da sie zum einen das für die Sammlungsbewegung nationale Prestigeobjekt darstellte, aber auch zum anderen als wirtschaftlicher Faktor eine Verbesserung der ökonomischen Stellung der Arbeiterschaft versprach. Deshalb setzte die Flottenpropaganda vor allem auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Stellung der Arbeiterklasse, deren Lebensstandard durch die Flotte und die durch sie mögliche überseeische Expansion entscheidend verbessert werden würde.⁶⁸

Letztendlich erwartete man also von der Flottenpolitik, daß sich die durch sie erzeugte Stimmung bei den Wahlen zu Ungunsten der SPD auswirken würde und diese dann ihre Oppositionshaltung aufgeben - sollte sie sich nicht überflüssig

⁶³ Vgl. Kap. 2.

⁶⁴ Zitiert nach V.R. Berghahn, Tirpitz-Plan, a.O., 148 f.

⁶⁵ V.R. Berghahn, Tirpitz-Plan, a.O., 148.

⁶⁶ Ebd., 146.

⁶⁷ Siehe Anm. 1.

⁶⁸ V.R. Berghahn, Tirpitz-Plan, a.O., 147 f.

machen wollen - , sich zu einer Unterstützung der Regierungspolitik gezwungen sehen und dann mit lediglich systemerhaltenden Reformen zu Frieden sein würde.⁶⁹ Eine befriedete Arbeiterschaft wäre somit gleichbedeutend mit dem Erhalt des bestehenden politischen Systems im Deutschen Reich.

5. Die Sozialdemokraten und die Flotte

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion sah schon in der Ära Hollmann im Kaiser die treibende Kraft hinter dem Flottenbau.⁷⁰ Bei der Vorlage der 1. Flottenbaunovelle kam es zur ersten großen Auseinandersetzung zwischen SPD und Regierung in der Frage der Flotte. Kritikpunkte waren vor allem die Ausschaltung des Reichskanzlers und der verantwortlichen Minister bei der Entwicklung der Flottenpläne. Die Vorgänge seien bezeichnend

„(...) für die kaum mehr verhüllten Allüren des kaiserliche Regiments und für die Schwäche einer Regierung, die (...) jedem ungezügelter Einfall und jedem Druck sofort nachgibt und darüber die einfachsten konstitutionellen Formen versäumt (...) und so die friedliche Entwicklung unserer innenpolitischen Verhältnisse aufs Spiel setzt.“⁷¹

Vollmar warnt außerdem vor den Folgen der kaiserlichen Politik, da der Kaiser dieser Weltpolitik betreiben wolle, und wenn dieser die Mittel dazu besäße, wäre es möglich, daß er *„(...) direkt Streit suchen und so eine Politik der Einmischung und der Abenteuer (...)“* betreiben könne. *„(...) In der Nähe des Pulverfassens schafft man alles weg, man spielt aber nicht mit dem offenen Feuer. (...)“⁷²*

Die Haltung der SPD war vor allem durch die Sorge um den Konstitutionalismus, den sie durch die Art und Weise des Aufbaus der Flottenpläne bedroht sah, sowie durch die Furcht vor einem Wiederhall der kaiserlichen Weltpolitik auf die Innenpolitik und deren mangelhafte parlamentarische Kontrolle bestimmt, die dazu

⁶⁹ Ebd., 536 f.

⁷⁰ Wilhelm Liebknecht im Reichstag am 03.12.1896. Vgl. P. Dormann, Sozialdemokratie und Kaisertum unter Wilhelm II. (1974) 57.

⁷¹ Fraktionssprecher Vollmar in seiner Reichstagsrede vom 19.03.1897. Zitiert nach ebd.

⁷² Ebd., 57 f.

führte, daß die SPD die Gesetzesvorlage einstimmig ablehnte.⁷³ Man sah aber auch die Gefahr, daß die allgemeine Flotteneuphorie von den notwendigen konstitutionellen und sozialen Reformen ablenken würde.⁷⁴

Auch in der Folgezeit blieb die Flotte Gegenstand heftiger Kontroversen. Allerdings stellten die Sozialdemokraten die Flotte nicht in Frage, sondern bemängelten lediglich die mangelnde parlamentarische Kontrolle. Flottenkritik bedeutete vor allem Kritik an das herrschende System.⁷⁵ Gesehen wurde aber auch die Gefahr, die von der allgemeine Flottenpropaganda ausging, daß, wer die Flottenforderungen ablehnte, von vornherein ein „schlechter Patriot“ und ein „vaterlandsloser Geselle“ sei, eine Unterstellung, gegen die sich vor allem Bebel mit der Entgegnung wehrte, daß die SPD nicht antinational sei.⁷⁶

Offenbar zeigte die allgemeine Flotteneuphorie auch innerhalb der SPD ihre Wirkung. Ganz im Gegenteil, denn die sozialdemokratische Flottenkritik ist nie über eine rein konstitutionelle bzw. außenpolitische Kritik hinausgekommen. Eine deutliche Ablehnung wurde offenbar vermieden, da man sich in der SPD wahrscheinlich um die Popularität der Flottenpolitik im klaren war, und zu vermeiden suchte, daß sich eine an der Flotte orientierte Strömung gegen sie wendete. Letztendlich achtete man hier auch die Interessen der Arbeiterschaft, die teilweise durch die aktive Flottenpolitik versorgt wurde.⁷⁷

6. Schlußbemerkung - Ein Primat der Innenpolitik?

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der Tirpitz-Plan dem Reich ein Machtmittel zur Verfügung stellen sollte, mit dem man außenpolitischen Erfolg und Prestige sowie innenpolitischen Wohlstand durch wirtschaftliche Expansion zu erlangen

⁷³ P. Dormann, a.O., 58.

⁷⁴ P.M. Kennedy, *The Rise of the Anglo- German Antagonism 1860-1914* (1980), a.O., 328.

⁷⁵ P. Dormann, a.O., 59 f.

⁷⁶ Ebd., 65.

⁷⁷ Ebd., 103.

hoffte. Dieser Wohlstand würde auch der Arbeiterschaft zugute kommen, sie mit dem Staat versöhnen und letztendlich entpolitisieren.

Allerdings ist es m.E. nach der vorliegenden Quellenlage zweifelhaft, ob der 'Tirpitz-Plan' als innenpolitisches Kampfinstrument vorbereitet worden war, wie einige Forscher annehmen.⁷⁸ Die einzigen für diese Frage verwertbaren Quellen bleiben die Äußerungen Tirpitz.⁷⁹ Diese hängen wahrscheinlich mit einer ähnlichen Äußerung aus dem Freundeskreis Tirpitz' zusammen, wenn sie nicht sogar von dieser angeregt worden ist.⁸⁰ Ähnliche Äußerungen Tirpitz' sind aus der Folgezeit nicht mehr überliefert.⁸¹ In der Monographie Hallmanns⁸², die aus einer Gegenposition zu Kehr⁸³ entstanden ist, wird über Tirpitz gesagt, daß dieser kein Vertreter von Parteigeist und Klasseninteresse sei und „(...) *jede bewußte oder unbewußte Feindschaft gegen die Arbeiterschaft [ihm fernlag] (...), für verderblich hielt er lediglich die marxistische Sozialdemokratie, deren Anschauung und Verhalten ihm unvereinbar erscheinen mußten (...)*“.⁸⁴ Hier liegt m.E. das Problem. Es ist unbestritten, daß Tirpitz die Flottenrüstung für das Wohl des Reiches als eine absolute Notwendigkeit ansah, auf die er in seiner Denkschrift eindringlich hinwies. So könnte der Hinweis auf die Sozialdemokratie lediglich ein rhetorischer Kniff gewesen sein, um die Leser dieser Schrift von der Nützlichkeit seines Planes zu überzeugen, was wiederum sein auffallendes Desinteresse in dieser Frage in der Folgezeit erklären würde. Der Flottenaufbau ist, wie oben gezeigt, keine Erfindung von Tirpitz⁸⁵. In den früheren Konzeptionen ist die Rolle der Schlachtflotte als Kampfinstrument nie formuliert worden.

⁷⁸ Vgl. Anm. 4.

⁷⁹ Vgl. Anm. 1. Der Brief an den Chef der kaiserlichen Admiralität Albrecht v. Stosch (1818-1896) ist auf den 21.12.1895 datiert. Die gleichartige Formulierung der Denkschrift (NL Tirpitz, N 253/3) auf den 03.01.1896; sie beruht offenbar auf der identischen Bemerkung im Brief.

⁸⁰ Brief seines Duzfreundes Maltzahn an Tirpitz vom 28.08.1895, der bemerkt, daß die Flotte „(...) *berufen sei, an der Lösung der sozialen Frage wesentlich mitzuwirken. (...)*“ Zitiert nach V.R. Berghahn, a.O., 146.

⁸¹ W. Deist, a.O., 126 Anm. 187.

⁸² H. Hallmann, Der Weg zum deutschen Schlachtflottenbau (1933)

⁸³ E. Kehr, Schlachtflottenbau, a.O.

⁸⁴ H. Hallmann, a.O., 313 f.

⁸⁵ E. Kehr, Schlachtflottenbau, a.O., 25 terminiert den eigentlichen Beginn auf das Jahr 1873.

Selbst Berghahn muß zugeben, daß die Flottenpolitik niemals eine breite Massenbasis gewann.⁸⁶ Diese ist im Grunde genommen von seiten der Propaganda des Reichsmarineamtes nie angestrebt worden. Der Teil Flottenpropaganda, die auf die Arbeiterschaft ausgerichtet war, richtete sich vor allem an die Stammwählerschaft des Zentrums.⁸⁷ Denn es war vor allem das Zentrum, dessen Stimmen man für die Durchsetzung des Flottenbauprogramms brauchte⁸⁸.

Dies trifft meines Erachtens den eigentlichen Kern der Sache. Wilhelm II. und seine Berater waren der Ansicht, daß eine Flotte für das Erlangen einer deutschen Vormachtstellung unabdingbar war. Um dieses Ziel zu erreichen, war jedes Mittel Recht. Aber erst Tirpitz stellte das Instrumentarium zur Verfügung, um das vorgegebene Ziel erreichen zu können. Der außenpolitische Glanz und der zu erwartende wirtschaftliche Gewinn sollte dann auf das Kaiserreich zurückfallen und die Monarchie stabilisieren, wie es Max Weber formuliert:

„ (...) Jede erfolgreiche imperialistische Zwangspolitik nach außen stärkt normalerweise mindestens zunächst auch 'im Inneren' das Prestige und damit die Machtstellung und den Einfluß derjenigen Klassen, Parteien, Stände, unter deren Führung der Erfolg errungen ist. (...)“⁸⁹

Unter diesem Gesichtspunkt erscheint es mir zweifelhaft, ob sich die These vom 'Primat der Innenpolitik' weiterhin aufrechterhalten läßt. Es ist vielleicht angebrachter, von einem 'Primat der Außenpolitik' zu sprechen.

Frank Dührkohp
Albrecht-Thaer-Weg 22f
37075 Göttingen
email: fduehrk@gwdg.de

⁸⁶ V.R. Berghahn, a.O., 149.

⁸⁷ W. Deist, a.O., 127.

⁸⁸ Vgl. E. Kehr, Schlachtfloottenbau, a.O., 131 ff.

⁸⁹ M. Weber, Grundriß der Sozialökonomik III, 2 (1922) 626.

7. Bibliographie

Quellen und Quellensammlungen

M. Behnen (Hg.), Quellen zur deutschen Außenpolitik im Zeitalter des Imperialismus 1890-1991 (1977)

V.R. Berghahn - W. Deist (Hgg.), Rüstung im Zeitalter der wilhelminischen Weltpolitik. Grundlegende Dokumente 1890-1914 (1988)

H. Fenske (Hg.), Quellen zur deutschen Innenpolitik 1890-1814 (1991)

A. v. Tirpitz, Erinnerungen ⁶(1942)

Ders., Politische Dokumente. Bd. 1: Der Aufbau der deutschen Weltmacht (1924)

Sekundärliteratur

W. Baumgart, Deutschland im Zeitalter des Imperialismus 1890-1914. Grundkräfte, Thesen und Strukturen ⁵(1982)

V.R. Berghahn, Zu den Zielen des deutschen Flottenbaus unter Wilhelm II. HZ 210, 1970, 34 ff.

Ders., Der Tirpitz-Plan. Genesis und Verfall einer Innenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II. (1971)

Ders., Rüstung und Machtpolitik. Zur Anatomie des „Kalten Krieges“ vor 1914 (1972)

K.E. Born, Von der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg. Gebhardt - Handbuch der deutschen Geschichte Bd. 16 ¹³(1990)

W. Deist, Flottenpolitik und Flottenpropaganda. Das Nachrichtenbüro des Reichsmarineamtes 1897-1914 (1976)

Ders., Militär, Staat und Gesellschaft (1991)

P. Domann, Sozialdemokratie und Kaisertum unter Wilhelm II. Frankfurter Hist. Abh. 3 (1974)

- H. Hallmann**, Der Weg zum deutschen Schlachtflottenbau (1933)
- W. Hubatsch**, Die Ära Tirpitz. Studien zur deutschen Marinepolitik 1890-1918 (1955)
- B. Kaulisch**, Alfred v. Tirpitz und die imperialistische Flottenrüstung (1982)
- E. Kehr**, Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. Und 20. Jh. (1965)
- Ders.**, Schlachtflottenbau und Parteienpolitik 1894-1901. Versuch eines Querschnitts durch die innenpolitischen sozialen und ideologischen Voraussetzungen des deutschen Imperialismus. Historische Studien 197 (1930)
- P.M. Kennedy (Hg.)**, The War Plans of the Great Powers 1880-1914 (1979)
- Ders.**, The Rise of the Anglo-German Antagonism 1860-1914 (1980)
- G.A. Ritter**, Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland. Vom Vormärz bis zum Ende der Weimarer Republik (1980)
- Ders.**, Die deutschen Parteien 1830-1914 (1985)
- M. Salewski**, Tirpitz. Aufstieg - Macht - Scheitern (1979)
- M. Stürmer**, Das ruhelose Reich. Deutschland 1866-1918 (1994)
- H.U. Wehler**, Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918. Deutsche Geschichte Bd. 3 (1985) 203 ff.